

Die Stadt will die Erich-Fried-Gesamtschule in Ronsdorf bei der Umsetzung ihres Klimaschutzkonzeptes unterstützen

Flammender Appell an den Rat

Von Bernhard Romanowski

Mit einer flammenden Rede machte sich Lina Börger am Montagabend im Stadtrat für einen Schülerantrag zum Thema Klimaschutz stark. Konkret geht es darin auch um die energetische Sanierung der Erich-Fried-Gesamtschule in Ronsdorf. Als Schülersprecherin der Einrichtung führte Börger den Stadtverordneten vor Augen, dass die CO₂-Bilanz ihrer Schule im bundesweiten Vergleich mit vielen anderen Schulen einen traurigen Spitzenplatz einnehme. Zwar habe die Schule im Rahmen des Projekts „Schools4Future“ (zu deutsch: Schulen für die Zukunft) viele Ideen entwickelt, wie man den ökologischen Fußabdruck eintätig optimieren kann. Doch die baulichen Mängel können Schüler und Lehrerschaft eben nicht alleine beheben. Dieser Argumentation konnten die Ratsfraktionen offenkundig folgen und beschlossen einstimmig, dass die Erich-Fried-Gesamtschule auf dem Weg zu einer klimafreundlicheren Einrichtung nach Kräften von der Stadt unterstützt werden soll.

Die Professionalität des Konzepts beeindruckt die Stadtverordneten

Dass die Sanierung der Schule auf die lange Bank geschoben und womöglich erst in zehn bis 20 Jahren umgesetzt werden könnte, sei nicht zu akzeptieren, wie die angehende Abiturientin klarstellte. Sie nannte auch einige konkrete Problemfelder aus Ronsdorf: So steht es dort mit der Infrastruktur für den Radverkehr wohl nicht zum Besten, auch sei die Ölheizung – neben der ebenfalls vorhandenen Holz hackschnitzleistung – alles andere als klimafreundlich. In ihrem Schülerantrag formulieren es die Akteure der Schule so: „Wir als Schulgemeinschaft der Erich-Fried-Gesamtschule werden uns sehr bemühen, viele Maßnahmen selber umzusetzen. Wir können beispielsweise andere Verkehrsmittel für Klassenfahrten wählen und auch das Bewusstsein unserer Mitschüler und Mitschülerinnen für die Klimakrise stärken.“ Wie Oberbürgermeister Uwe



Lina Börger von der Ronsdorfer Erich-Fried-Gesamtschule (am Rednerpult, Bildmitte) machte sich im Wuppertaler Stadtrat für den Schülerantrag zur Sanierung ihrer Schule stark.

Foto: Bernhard Romanowski

Schneidewind der Schule in der Ratssitzung am Montag testierte, sei dort bereits „eine tolle Arbeit in den vergangenen Monaten geleistet“ worden. Die schuleigene Projektgruppe hatte im Mai 2020 ihre Arbeit aufgenommen und verfasste mit Unterstützung des Wuppertal Instituts ein Klimakonzept, das auch im Stadtrat für Eindruck sorgte. „Meine Hochachtung, das ist ein hochprofessionelles Konzept mit vielen guten Vorschlägen“, kommentierte beispielsweise Ludger Kineke von der CDU-Fraktion das Werk. Er regte an, das Konzept auch den anderen Wuppertaler Schulen zur Verfügung zu stellen.

Der Stadtverwaltung ist das Anliegen in Ronsdorf nicht unbekannt. Deren Koordinierungsstelle Klimaschutz begrüßt das Engagement der Projektgruppe an der Erich-Fried-Gesamtschule. „Der Weg zur Klimaneutralität muss von einer breiten gesellschaftlichen Basis getragen werden. Aufgrund technischer, personeller und finanzieller Hemmnisse

Konzeptpartner

„Dieses Engagement für den Klimaschutz und den Antrag lässt unsere Schüler wachsen“, sagt Heike Flowerday, die Leiterin der Erich-Fried-Gesamtschule. Über eine Schülerin der Ronsdorfer Schule, die seinerzeit ein

Praktikum am Wuppertal Institut machte, sei der Kontakt zu der Einrichtung entstanden, mit deren Unterstützung das Klimaschutzkonzept der Schule zu einer runden Sache wurde, so Flowerday.

sind jedoch nicht alle Maßnahmen zeitnah umsetzbar.“ Die Koordinierungsstelle stehe aber im engen Austausch mit der Projektgruppe und sei unterstützend bei der Umsetzung von Maßnahmen tätig.

Einiges wurde aber auch schon auf den Weg gebracht oder ist gerade in der Umsetzung: Laut dem Gebäudemanagement der Stadt (GMW) wurde zusammen mit der Schule und dem Schulhausmeister die Position von 30 zusätzlichen Fahrradbügel geklärt. „Somit können 60 weitere Fahrräder ordentlich auf dem Schulhof

abgestellt werden. Der Auftrag für Erstellung und Einbau der Bügel wurde an eine Fachfirma vergeben“, lässt der städtische Eigenbetrieb wissen. Da der Einbau von Fahrradständern in letzter Zeit häufig angefragt worden sei, haben die Fachfirmen entsprechend viele Aufträge vom GMW erhalten, die chronologisch abgearbeitet werden. Außerdem gebe es Materialbeschaffungsschwierigkeiten, so dass die Herstellung der vielen Fahrradbügel länger dauert. „Ein konkretes Umsetzungsdatum kann nicht genannt werden“, so die Mitteilung vom

GMW. Auch zur Verbesserung der Dichtigkeit der Fenster steht das GMW demzufolge mit einer Fachfirma in Kontakt. „Zuerst ist eine mehrtägige Begutachtung der betroffenen Fenster notwendig, anhand derer ein Reparaturplan erstellt wird“, heißt es dazu. Die Abschätzung des Gesamtaufwands wird derzeit durch das GMW vorgenommen.

Zum Austausch der blinden Fenster, den die Schule seit Langem anregt, teilt das GMW mit: „Sobald Umfang und Kosten geklärt sind, kann die Umsetzung erfolgen.“ Eine genaue Zeitschiene könne mangels freier Kapazitäten aktuell nicht genannt werden. Mit dem hydraulischen Abgleich im Heizungssystem der Ronsdorfer Schule ist bereits ein Fachplaner betraut. „Da der hydraulische Abgleich nur außerhalb der Heizperiode erfolgen kann und die nächste Heizperiode nicht mehr weit entfernt ist, könnte sich die Umsetzung auf 2023 verschieben“, erklärt das Gebäudemanagement.

Durch das Bundesteilhabegesetz drohen ab 2026 Änderungen in der Betreuung von Kindern mit Behinderungen

Kommt das Ende heilpädagogischer Kitas?

Von Alina Komorek

Snoezelen spricht die Sinne an: vor allem den Tastsinn. Das ist für Kinder, die blind oder taub sind oder gar beides, aber auch für viele andere Kinder sehr wichtig. Deshalb hat die Kindertagesstätte des Vereins Leben in Vielfalt – kurz: LiV – einen Raum nur fürs Snoezelen. Zwischen Matratzen und Kissen blubbert eine beleuchtete Wassersäule vor sich hin, unter einem Zelt dach liegen leuchtende Spielzeuge und vorne an der Tür gibt es einen Boxsack, falls mal ein Kind Dampf ablassen muss.

Die Finanzierung der Betreuung bereitet Sorgen

Doch Christoph Hartmann, der die inklusive Kita leitet, und Nina Pohl, Geschäftsführerin, haben Sorgen. Sie wissen nicht, wie es ab 2026 weitergehen soll, wenn durch das Bundesteilhabegesetz die Finanzierung der heilpädagogischen Gruppen durch den Landschaftsverband Rheinland (LVR) ausläuft. Fünf heilpädagogische Gruppen gibt es in der Kita von LiV, in der jeweils sechs bis elf Kinder mit unterschiedlichem Teilhabebedarf betreut werden. Hier haben Kinder einen Platz, die sonst nicht in einer Kita betreut werden könnten. Einige von ihnen brauchen einen speziellen Rollstuhl, deshalb ist in den Kitaräumen und zum Großteil auch im Garten alles barriere-



Christoph Hartmann und Nina Pohl von LiV im Snoezeleraum, in dem die Kinder unterschiedliche Eindrücke wahrnehmen können.

Foto: Stefan Fries

refrei. Andere Kinder benötigen einen Sprachcomputer, weil sie selbst nichts sagen können. Und wieder andere Kinder brauchen gar eine Krankenschwester, die sie rund um die Uhr betreut.

Neben den heilpädagogischen Gruppen gibt es auch zwei inklusive Gruppen in der Kita an der Melanchthonstraße, in denen sowohl Kinder mit und ohne Beeinträchtigung betreut werden. In diesen Gruppen sind etwa 15 bis 20 Kinder. So zählt die Kita insgesamt 90 Kinder, 60 von ihnen mit Teilhabebedarf. „Doch dazu haben wir 60 Kinder auf der Warteliste“, erklärt Hartmann. „Und diese Kinder haben Eltern,

die nicht mehr weiterwissen, weil sie keinen Betreuungsplatz für ihre Kinder haben.“ Durch das Teilhabegesetz solle der Bedarf nun verknappt werden, obwohl er noch größer werden müsste, beschreibt der Leiter der Kita. „Mit dem Bundesteilhabegesetz könnte das Ende heilpädagogischer Tageseinrichtungen eingeleitet werden“, erläutert Pohl die Situation. Denn damit müsste jede Kita in Wuppertal inklusiv arbeiten, die Kinder von LiV müssten auf Regelkitas gehen. Was jedoch kaum möglich sein dürfte: „Wir haben hier Ergotherapeuten, Sozialpädagogen, Krankenpflegerinnen – in

Regelkitas gibt es vor allem die Erzieherin und nicht diese fachliche Vielfalt.“

Dass es schwierig ist, Kinder mit Autismus-Spektrum-Störung oder mehrfacher Schwerstbehinderung in einer Regelkita zu betreuen, und dass das kaum den Bedürfnissen der Kinder gerecht wird, wissen Hartmann und Pohl aus Erfahrung: „60 Prozent der Kinder waren vorher in anderen Kitas.“ In einer Regelkita würden dann mehr Kinder mit Behinderung untergebracht werden müssen. „Wir sorgen uns sehr, denn wie soll das gehen mit begrenzten Ressourcen?“ Es könnte sein, erklärt Nina Pohl, dass sich der LVR durch das Bundesteilhabegesetz aus der Finanzierung der heilpädagogischen Gruppen herauszieht und nur noch die Zusatzleistungen finanziert, die Kita von LiV also zur inklusiven Regelkita umgebaut werden und in dem Zuge die Gruppen verändern müsste. „Wir müssten eher heilpädagogische Plätze schaffen, als sie abzuschaffen.“

Die Frage ist, wie Stadt und Politik zu dem freien Träger stehen

Weil sich Pohl und Hartmann und das LiV-Team wünschen würden, als freier Träger weitermachen zu können, hat die Geschäftsführerin in der jüngsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses Bericht erstattet. Pohl wollte in Erfahrung bringen, wie

der Ausschuss und die Stadtverwaltung zu der Einrichtung stehen. Denn noch sei völlig unklar, wie hoch die Kosten ab 2026 ausfallen würden und ob die Stadt etwas übernehmen könnte. Doch im Anschluss an den Bericht im Ausschuss schien die Stimmung klar: Die heilpädagogische Arbeit, die LiV leistete, wurde von den Anwesenden anerkannt. Zwar verstehe man den inklusiven Ansatz in Regelkitas, doch es sei auch klar, dass dieser nicht mit der Fachkompetenz der LiV-Kita mithalten könnte. Liefere die Finanzierung aus, könnte das einen Verlust an Arbeitsplätzen bedeuten. So äußerte sich im Ausschuss Yannick Düringer (SPD): „Das ist für mich dramatisch. Ich empfinde es als schäbig, dass der LVR auf Kündigungen zielt.“ Auch Ute Kuhlmann als beratendes Mitglied des Ausschusses zeigte sich solidarisch mit LiV: „Ich finde ihre Arbeit großartig.“ Michaela Scheer aus dem Beirat der Menschen mit Behinderung erklärte, dass sowohl inklusive als auch die heilpädagogische Betreuung gewährleistet sein müssen.

Unterstützung sicherten Suzanne Kettig (Grüne) und Michael Neumann vom Stadtbetrieb der Kita von LiV in der Sitzung zu. Pohl und Hartmann hoffen nun auf die beste Lösung, „dass der LVR die Spezialeinrichtung so finanziert, dass sie bleibt“.

Uwe Becker und die Wiedervereinigung

Wenn Elberfeld in Barmen läge

Von Uwe Becker

Am späten Abend des 9. November 1989 rief meine Mutter an, zunächst erkundigte sie sich nach meinem Wohlergehen, und ich sollte jetzt doch mal schnell den Fernseher einschalten, die Mauer wäre offen. Ich weiß noch, dass ich an diesem Tag privaten Kummer hatte, mir war das Schicksal der DDR in diesem Moment völlig gleichgültig, was meine Mutter zwar irgendwie verstand, meinte aber dennoch, ich sollte mich wenigstens für die Menschen ein bisschen freuen, weil sie wie in einem riesigen Freiluft-Gefängnis gelebt hätten, jetzt könnten sie endlich dahin reisen, wo sie früher nicht hindurfürten. So hatte ich das nie gesehen, schlimmer empfand ich die dortige Versorgungslage mit schlechten Zigaretten, Kaffee und dem Mangel an Bananen und anderen Früchten. Und dass sie keine richtigen Jeans hatten.

Die fehlende Reisefreiheit hatte ich gar nicht so auf dem Schirm, war ich doch ein junger Mensch, der lieber einfach nur schön wohnt. Ich versprach meiner Mutter am Telefon, dass ich es in den nächsten Tagen nachholen würde, mich für die Menschen im Osten zu freuen, wenn mein Liebeskummer vorbei sei. Allerdings ging es mir

Begrabt mein Herz in Wuppertal

erst am Tag der Wiedervereinigung im darauffolgenden Jahr besser. Aber da hatte ich mein Versprechen längst vergessen.

Aufgrund meiner Reise-schwäche und auch ein wenig aus Angst vor dem falschen Dialekt der Sachsen, den ich immer ganz fürchterlich fand, verzichtete ich viele Jahre auf Fahrten in die neu dazu gewonnenen Bundesländer. Erst als ich Jahre später eine Thüringerin kennenlernte, die kurz nach dem Mauerfall direkt nach Wuppertal rückgemacht hatte, wie man auf gut ostdeutsch sagte, verlor ich ein wenig die Angst vor dem fremden Nachbarn aus der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone. Es folgte dann kurze Zeit später ein Wochenende in Erfurt. Tatsächlich kaufte ich mir aus Neugier direkt am Bahnhof eine original Thüringer Bratwurst. Den Hype um diese landestypische Fleischspezialität kann ich aber bis heute nicht ganz nachvollziehen.

Erfurts Altstadt hingegen



Uwe Becker, 1954 in Wuppertal geboren, ist Chefredakteur des Wuppertaler Satiremagazins Italien und Mitarbeiter des Frankfurter Satiremagazins Titanic. Jeden Mittwoch schreibt er in der WZ über sein Wuppertal.

Foto: Joachim Schmitz

ist wunderschön und wurde aufwendig hergerichtet, auch aus von mir erbrachten Steuergeldern, worauf ich ein wenig stolz war. Überraschend war der Dialekt nicht ganz so schlimm, wie ich vermutet hatte. Allerdings ist der sächsische Dialekt schon gruselig, da versteht man nichts mehr, ähnlich wie in Bayern, das für mich gerne auch zur DDR hätte gehören können. Der Hauptgrund für meine Immobilität ist bekanntlich ein schwach ausgeprägtes Fernweh. Wenn ich jedoch Naherholungsgebiete zeitnah erreichen kann, wobei die Betonung grundsätzlich immer auf „nah“ liegt, wie beispielsweise den Eulenkopfweg in Wuppertal-Schöller, dann könnte man mich zu einem Spaziergang dort glatt überreden, wenn denn das Wetter mitspielt und man mich nicht gerade auf dem falschen Fuß erwischt. Zurück zum 9. November: Wenn es heute noch die DDR gäbe, dann wäre, so wie Putin gerade drauf ist, alles für uns noch viel ungemütlicher. Ob das Zusammenwachsen aller Deutschen irgendwann mal abgeschlossen sein wird? Ich habe da meine Zweifel. Im lokalen Bereich klappt es ja auch nicht so richtig. Die Bevölkerung hoch oben in Ronsdorf und Cronenberg ist doch immer noch sauer, weil man sich beim Zusammenschluss für den Namen Wuppertal entschied, obwohl ihre Stadtteile nicht wirklich im Tal liegen. Als Kind konnte ich übrigens nicht verstehen, dass Westberlin mitten in der DDR lag. Mein Bruder versuchte es mir mal zu erklären: „Stell dir einfach vor, Elberfeld läge mitten in Barmen!“

Landschaftsverband legt Inklusionsbericht vor

Jobs für Menschen mit Behinderung

Mit 750 000 Euro haben 2022 das Inklusionsamt des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) und die rheinischen Fachstellen für behinderte Menschen im Arbeitsleben Arbeitgeber unterstützt, die schwerbehinderte Menschen beschäftigt haben. Von den Mitteln wurden neue Ausbildungs- und Arbeitsplätze geschaffen sowie Räumlichkeiten und Arbeitsplätze behindertengerecht gestaltet. Das geht aus dem neuen Jahresbericht 2021 des LVR-Inklusionsamtes hervor.

„Der Markt bietet zahlreiche neue digitale Hilfsmittel, von denen Menschen mit Behinderung für ein selbstständiges Arbeiten profitieren können“, erläutert LVR-Dezernentin Alexandra Schwarz. Der Landschaftsverband Rheinland entwickle und erprobe Techniken, um Arbeitgebern und den Menschen mit

Behinderung „auch künftig ein zuverlässiger, beratender und begleitender Partner zu sein“.

Insgesamt lebten 2021 in Wuppertal 39 540 Menschen mit einer Schwerbehinderung. Fast 90 Prozent aller Menschen mit Schwerbehinderung sind älter als 45 Jahre. Im Jahr 2020 waren im Arbeitsagenturbezirk Solingen-Wuppertal 8302 Arbeitsplätze mit schwerbehinderten Menschen besetzt. Die Arbeitgeber erreichten damit eine durchschnittliche Beschäftigungsquote von 5,4 Prozent (Rheinland: 5,44 Prozent), die damit über dem gesetzlich vorgeschriebenen Wert von fünf Prozent liegt.

Das LVR-Inklusionsamt erhebt eine Ausgleichsabgabe von Arbeitgebern, die mehr als 20 Arbeitsplätze haben, davon aber nicht mindestens fünf Prozent mit Menschen mit einer Schwerbehinderung besetzen.